

Christina West

Deutschland in der Integrationsfalle? – Integrationspolitische Perspektivenwechsel, Herausforderungen und Chancen für Wissenschaft, Politik und Planung

URN: urn:nbn:de:0156-0754160



CC-Lizenz: BY-ND 3.0 Deutschland

S. 292 bis 310

Aus:

Paul Gans (Hrsg.)

Räumliche Auswirkungen der internationalen Migration

Forschungsberichte der ARL 3

Hannover 2014

Christina West

Deutschland in der Integrationsfalle? – Integrationspolitische Perspektivenwechsel, Herausforderungen und Chancen für Wissenschaft, Politik und Planung

Gliederung

- 1 Einleitung
- 2 Integration auf nationaler Ebene: Der Nationale Integrationsplan (NIP) und der Nationale Aktionsplan (NAP) der Bundesregierung
 - 2.1 Der Kulturbegriff im Nationalen Integrationsplan (NIP) und im Nationalen Aktionsplan (NAP)
 - 2.2 Integration vor Ort – die Bedeutung der Städte, Gemeinden und Quartiere für den Integrationsprozess aus nationaler Perspektive
- 3 Interkulturalität als Leitmotiv für die integrationspolitische Auseinandersetzung zwischen der lokalen und nationalen Ebene
- 4 *Diversity* statt Interkulturalität? Supervielfalt in Frankfurt am Main
- 5 Wege aus der Integrationsfalle? – Transgressive Identitäten als neue Herausforderungen und Chancen für Politik und Planung
- 6 Fazit und Ausblick

Literatur

Kurzfassung

Während auf kommunaler Ebene Integration schon seit Ende der 1970er Jahre thematisiert wird, wird erst mit dem ersten deutschen Nationalen Integrationsplan (NIP; Bundesregierung 2007) und dem Nationalen Aktionsplan (NAP; Bundesregierung 2011) Integration zu einer der führenden Policies in Deutschland erklärt. Leitend hierbei sind das interkulturelle Integrationsparadigma sowie die „Integration vor Ort“ im Bereich der Kommunen. Aber für Menschen mit und ohne Migrationshintergrund erscheint Integration schon jetzt mehrdimensional, jenseits essentialistisch konstruierter tradierter Container-Kulturräume. Kommunen wie Frankfurt am Main reagieren auf diese Entwicklung mit neuen Konzepten wie *diversity*, ohne aber dabei den neuen Identitätskonstruktionen, die sich transgressiv jenseits kultureller, ethnischer, nationaler oder territorialer Zugehörigkeiten vollziehen, völlig gerecht zu werden. Der Beitrag beschreibt die Schwierigkeiten bei der Umsetzung dieser Konzepte und macht Vorschläge für neue transversale Methoden in Wissenschaft, Politik und Planung.

Schlüsselwörter

Migration – Integration – *diversity* – Interkulturalität – Transkulturalität – transversale Identität – Stadtplanung

Germany in the integration trap? – Changes in the perspective of integration policy, challenges and opportunities for science, politics and planning

While at municipal level discussion of integration began at the end of the 1970s, it was only with the first German *Nationaler Integrationsplan* (NIP; Bundesregierung 2007) and the *Nationaler Aktionsplan* (NAP; Bundesregierung 2011) that integration was declared a leading policy in Germany. Here, guiding principles are the intercultural integration paradigm and the importance of local integration at the municipal level. But for individuals with and without migration backgrounds, integration already appears multidimensional, beyond essentialistically construed and traded cultural containers. Municipalities like Frankfurt respond to this development with new concepts like “diversity”, but without fully doing justice to new identity constructions which evolve transgressively beyond cultural, ethnical, national or territorial belongings. The paper describes difficulties with the implementation of these concepts and proposes new transversal methods for science, politics and planning.

Keywords

Migration – integration – diversity – interculturality – transculturality – transversal identity – urban planning

1 Einleitung

Auch wenn internationale Migration und Integration im Wesentlichen als ein urbanes Phänomen erscheinen und daher seit Ende der 1970er Jahre vor allem auf kommunaler Ebene thematisiert wurden, gab und gibt es doch auch politische Aushandlungsprozesse auf nationaler Ebene, die den Rahmen für die Vorstellungen und Konzepte zum Umgang mit den sozialen und räumlichen Konsequenzen von Migration vorgeben sollen. Da Deutschland im Zuge der organisierten Anwerbung von Gastarbeitern 1955 bis 1973 zwar nicht offiziell, aber doch de facto zum Einwanderungsland geworden war, forderte der erste „Ausländerbeauftragte“ der Bundesrepublik Deutschland Heinz Kühn (Kühn 1979: 3) soziale Verantwortung gegenüber den Migrant(inn)en und deren Kindern (Kühn 1979: 16). Vor allem aber auch vonseiten der Kommunen, die den Hauptteil der Integrationslast zu tragen haben, erwachsen Forderungen an den deutschen Nationalstaat zur Schaffung integrationspolitischer Richtlinien (Baraulina 2007).

Doch erst mit der Verabschiedung des Zuwanderungsgesetzes von 2005 kann von einer systematischen Integrationspolitik gesprochen werden, und mit dem ersten deutschen Nationalen Integrationsplan (NIP; Bundesregierung 2007) und dem Nationalen Aktionsplan (NAP; Bundesregierung 2011) wird Integration schließlich zu einer der führenden Policies in Deutschland erklärt. Trotzdem bleibt die Bewältigung der Folgen internationaler Migration in erster Linie ein kommunales oder lokales Problem, welches sich innerhalb von Städten tendenziell auf bestimmte Stadtgebiete konzentriert (Beiträge Farwick; Gestring zu „Ambivalenzen“; Kocks; Fassmann/Kohlbacher in diesem Band). Daher gibt es starke Interdependenzen zwischen den Integrationsvorstellungen auf der nationalen und

der lokalen Ebene, oft aber auch Uneinigkeit zwischen den jeweiligen Akteuren aus Politik, Verwaltung oder Stadtentwicklungsplanung darüber, was an Handlungserfordernissen formuliert und in Folge umgesetzt werden soll.

Insgesamt ist seit 1990 auf kommunaler Ebene ein semantischer Wechsel des integrationspolitischen Grundsatzes hin zu „Interkulturalität“ zu beobachten, der sich auch im direkten Vergleich der integrationspolitischen Aussagen des NIP und des NAP auf nationaler Ebene spiegelt. Festgehalten wird dabei aber an einem Kulturbegriff, der Kulturen als unabhängige Kugelgebilde mit festen Grenzen und einem gleichbleibenden Kern, also im Sinne von Container-Kulturräumen (Beiträge Glasze/Pott; West zu „Kulturellem Pluralismus“ in diesem Band) konstruiert. Übersehen wird dabei, dass der Einzelne im Alltag multiple Zugehörigkeiten erlebt, dass Deutschland mittlerweile viele Identitäten hat, dass Einwanderer nicht nur anders als Deutsche sind, sondern sich jeweils auch untereinander unterscheiden.

Daher mehren sich in den Kommunen die Versuche, die wahrgenommene Komplexität der Vielfalt „der Vielen“ (Virno 2005) auch über verschiedene Konzepte wie *diversity* für den Integrationsdiskurs fruchtbar zu machen. Welche Maßnahmen sind geeignet, um den „bunten Realitäten“ in Städten gerecht zu werden? Mannheim z. B. versucht unter dem Slogan „Diversecity²“ den unterschiedlichen Dimensionen von Vielfaltsmanagement Rechnung zu tragen, der Magistrat der Stadt Frankfurt am Main (2009) hat unter dem Motto „Vielfalt bewegt Frankfurt!“ basierend auf dem Konzept der *super-diversity* von Vertovec (2007) den Entwurf eines Integrations- und Diversitätskonzepts vorgelegt.

Allerdings muss konsequenterweise die Frage gestellt werden, ob Policies und Identitätsangebote der nationalen oder kommunalen Ebene für die Menschen vor Ort mit ihren Alltagsrealitäten überhaupt ein Angebot zur Identifikation darstellen können. Für sie erscheint Integration nämlich als mehr-dimensional und transversal und findet nicht nur durch Teilhabe in den verschiedenen gesellschaftlichen Funktionssystemen statt, sondern auch über neuartige Identitätskonstruktionen, die sich hybrid und transgressiv jenseits kultureller, nationaler oder ethnischer Zugehörigkeiten – als Ergebnis von Eigen- und Fremdzuschreibungen – vollziehen, entlang unterschiedlicher Wertorientierungen und sozialer Kontakte unterschiedlicher Reichweite. Transgressive Identitätskonstruktionen sind der reflektierte Widerstand gegen Zuschreibungen, die im Rahmen einer Konstruktion entlang einer starren, unflexiblen Leitdifferenz entstehen. Es ist die Weigerung insbesondere von jüngeren Menschen mit Migrationshintergrund, sich auf die national wie kommunal dominanten Diskurse einzulassen, da diese an ihrem Alltag vorbeigehen. Zunehmend reagieren sie mit Verständnislosigkeit und Enttäuschung auf die Forderung, sich zu entscheiden entlang eines „Entweder ... oder“; sie können und wollen sich nicht entscheiden, ob sie deutsch oder türkisch etc. sind, da jede dieser monokulturalistischen, dogmatisch ethnizierenden Zuschreibungen verkürzt, entstellt, diffamiert, diskriminiert und dadurch ausgrenzt. Sie wollen sich auch nicht mehr auf ihr Herkunftsland oder das ihrer Eltern oder Großeltern reduzieren lassen. Stattdessen mehren sich die Stimmen, die fordern, ein „Sowohl ... als auch“ anzuerkennen.

Umgekehrt stellt sich aber auch die Frage, welche Herausforderungen auf der kommunalen bzw. nationalen Ebene durch die zunehmend postmodernen Identitäts- und Zugehörigkeitskonstruktionen der Menschen vor Ort entstehen. Wie können solche transversalen Identitäten in Wissenschaft, Politik und Planung berücksichtigt werden?

In Kapitel 2 des Beitrags werden zunächst die Integrationsvorstellungen auf nationaler Ebene anhand des NIP (2007) und des NAP (2011) analysiert sowie grundlegende Unterschiede, Übereinstimmungen und Weiterentwicklungen dargestellt. Danach wird die Bedeutung der Interkulturalität als Leitmotiv bei der Entwicklung von Integrationsvorstel-

lungen seit den 1990er Jahren rekonstruiert (Kap. 3) sowie die neueren Versuche der Kommunen, *diversity*-Ansätze fruchtbar zu machen (Kap. 4), vor allem am Beispiel von Frankfurt am Main exemplarisch beleuchtet. Ausgehend einerseits von diesen Analysen und den dabei aufgedeckten Grenzen, an die die Kommunen bei der Umsetzung der jeweiligen Konzepte stoßen, und andererseits von den Herausforderungen, die durch den transversalen Charakter neuer Identitätskonstruktionen auf der individuellen Ebene entstehen, werden schließlich in Kapitel 5 Vorschläge für neue, der postmodernen Entwicklung angepasste Methoden in Wissenschaft, Politik und Planung abgeleitet.

2 Integration auf nationaler Ebene: Der Nationale Integrationsplan (NIP) und der Nationale Aktionsplan (NAP) der Bundesregierung

Der erste deutsche Nationale Integrationsplan (NIP) wurde erst 2007 von Vertretern wichtiger Institutionen aus Politik (Bund, Länder und einige Kommunen) und Zivilgesellschaft – insbesondere Migrantenorganisationen – erarbeitet. Mit ihm werden Zielvorgaben und Wege, die für eine bessere Integration beschrrieben werden sollen, definiert. Mit dem Nationalen Aktionsplan (NAP) soll der NIP konkretisiert und weiterentwickelt werden, mit dem Ziel, Integration verbindlicher zu gestalten und Integrationspolitik über Indikatoren messbar zu machen (Bundesregierung 2011: 10). Im Folgenden wird das Verständnis von Kultur und Integration, wie es sich im NIP und ergänzend im NAP darstellt und insofern es im vorliegenden Zusammenhang für bedeutsam scheint, rekonstruiert und kurz zusammengefasst (ausführlichere Analyse und Diskussion des NIP bei West 2013).

Die Analyse, was im NIP und im NAP unter Integration verstanden wird und welche (integrations-)politischen Maßnahmen sich daraus ableiten, zeigt, dass „Integration“ vor allem für sozialpolitische Maßnahmen steht, die sich in die Logik von „Fördern und Fordern“ (West 2013) einpassen. Schwerpunkte liegen auf folgenden Punkten:

- **Frühkindliche Sprachförderung und Integrationskurse:** Sprachförderung von Kindern und Jugendlichen in Kindergarten und Schule sowie durch Deutschkurse im Rahmen der seit 2005 gesetzlich eingeführten Integrationskurse (Bundesregierung 2007: 13, 15 f.; Bundesregierung 2011: 11 f., 16). Im NAP (Bundesregierung 2011: 33) wird bei der frühkindlichen Förderung zum ersten Mal eine inklusive Lektorientierung grundlegend. Damit wird Heterogenität und Diversität nicht mehr als Ausnahme gesehen, sondern als Normalfall (Beitrag West zu „Kulturellem Pluralismus“ in diesem Band).
- **Chancen am Arbeitsmarkt erhöhen:** Einstiegsförderung von Jugendlichen und insbesondere jungen Frauen in Ausbildung und Beruf (Bundesregierung 2007: 13, 17; Bundesregierung 2011: 13).
- **Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses** (Bundesregierung 2007: 13, 18; Bundesregierung 2011: 11).
- **Frauen- und Mädchenpolitik als Integrationspolitik:** Verbesserung der Position und Lebenssituation von Frauen, da sie als „zentrale Stützen und Motoren für eine aktive Integrationspolitik“ (Bundesregierung 2007: 18; Bundesregierung 2011: 24) gesehen werden.
- **Interkulturelle Kompetenz stärken:** Sicherung des „friedlichen Zusammenlebens“ (Bundesregierung 2007: 13, 22 f.), interkulturelle Öffnung von Kultureinrichtungen, Kulturprojekten (Bundesregierung 2011: 20).
- **Aktivierung der Bürgergesellschaft und des bürgerschaftlichen Engagements** (Bundesregierung 2007: 13 f., 20 f., 29, 32, 113, 173 ff.; Bundesregierung 2008: 211; Bundes-

regierung 2011: 18) insbesondere in Migrantenselbstorganisationen (MSO), aber auch in Kirchen und Religionsgemeinschaften, klassischen Vereinen und Verbänden.

- Eine besondere **Funktion bei der Integration** von Menschen mit Migrationshintergrund wird den Bereichen **Sport** (Bundesregierung 2007: 139 ff.; Bundesregierung 2011: 17) und **Medien** (Bundesregierung 2007: 157 ff.; Bundesregierung 2011: 19) zugeschrieben. Wie vorher schon den Frauen kommt nun auch dem Sport die Funktion eines „Integrationsmotors“ zu – vor allem dann, wenn Mädchen und Frauen mit Migrationshintergrund in Sportvereinen aktiv werden.
- **Anteil der Beschäftigten mit Migrationshintergrund im öffentlichen Dienst erhöhen, interkulturelle und migrationsspezifische Qualifizierung von Beratungspersonal:** Im NAP wird erstmals darüber diskutiert, alle gesellschaftlichen Gruppen in Entscheidungsprozesse einzubinden und so die Repräsentation der Interessen und Bedürfnisse sowie Fähigkeiten von Menschen mit Migrationshintergrund zu erhöhen (Bundesregierung 2011: 14). Dabei wird das Thema *diversity management* (Beitrag West zu „Kulturellem Pluralismus“ in diesem Band) – verstanden als interkulturelle Öffnung nach innen und nach außen – zum Kernthema von Organisationsentwicklung in den Bereichen öffentliche Verwaltung, ARGE, Medien, Wohlfahrtspflege, privatwirtschaftliche Unternehmen (Bundesregierung 2011: 19; 112 ff.).
- **Etablierung einer gesellschaftlich verankerten Willkommens- und Anerkennungskultur,** um dem Wirtschaftsstandort Deutschland durch attraktive Arbeitsbedingungen und interkulturelle Öffnung eine gute Ausgangsposition zu verschaffen (Bundesregierung 2011: 117 f.).
- Ebenfalls neu im NAP ist die Diskussion, welche Maßnahmen erforderlich sind, um die Themen **„Gesundheit“ und „Pflege“ auch auf die Bedürfnisse von Menschen mit Migrationshintergrund abzustimmen** (Bundesregierung 2011: 15).

Die Grundlage für eine erfolgreiche Integrationspolitik, die also ihre Zielvorgaben umsetzt, sind statistische Fakten und Indikatoren, mit denen beobachtet, evaluiert und verbessert werden soll, weshalb auf Bundesebene ein Integrationsmonitoring auch über die Dauer einer Legislaturperiode implementiert werden soll (Bundesregierung 2007: 15, 121 ff.; Bundesregierung 2008: 13; Bundesregierung 2011: 20). Deshalb sollen insbesondere die Indikatoren für die Einschätzung laufender Integrationsprozesse sowie die Konzepte zur Evaluierung nachholender und kommunaler Integrationspolitik weiterentwickelt werden (Bundesregierung 2007: 198) (Kap. 4).

Allerdings ist auch im NIP der Integrationsdiskurs vielschichtig, unentschieden und oftmals widersprüchlich. Mit traditionellen sozialkritischen Argumentationsfiguren wird eingeräumt, dass es immer noch „soziale Bedingungen und Barrieren“ (Bundesregierung 2007: 13 f.) gibt, die Integration verhindern. Gleichzeitig – und das ist neu – nimmt Integrationspolitik Potenziale wahr und fokussiert nicht mehr nur auf Defizite bei den Zugewanderten (Bundesregierung 2007: 13, 98, 197; Bundesregierung 2011: 23 f.), auch wenn eben die Defizite weiterhin ein dominantes Thema sind. Explizit genannt werden sprachliche, kulturelle und soziale Defizite (Bundesregierung 2007: 31, 64), aus denen Sekundärdefizite wie z. B. Informationsmangel folgen (Bundesregierung 2007: 49).

„Nachholende Integrationspolitik“ (Bade 2005, 2007) ist der integrationspolitische Trend. Bade kritisiert die in der Vergangenheit versäumten Integrations- und Gestaltungschancen (Bade 2007: 71) und fordert integrationspolitische Reparaturmaßnahmen, vor allem in Bezug auf eine sprachliche Integration, also Kommunikationsfähigkeit mittels der deutschen Sprache. Neben Spracherwerb wird formale Bildung als entscheidende Ressource für Integration gesehen (Bundesregierung 2007: 15). Jeder Einzelne sollte also

durch Erwerb von Bildungstiteln in der Lage sein, seine Position in der Gesellschaft entsprechend zu verbessern. Allerdings wurde schon in den 1970er Jahren das sogenannte Bildungs- und Qualifizierungsparadoxon diskutiert, wonach Menschen mit Migrationshintergrund trotz immer höherer Bildungsabschlüsse keine verbesserten Berufschancen haben. Begründet wurde dies über eine „Inflation der Bildungsabschlüsse“ (Bourdieu/ Passeron 1971). Zu ähnlichen Ergebnissen für Deutschland kam 2011 eine OECD-Studie: Insbesondere Schüler(innen) mit Migrationshintergrund gehören – auch bei ähnlichen Leistungen wie Schüler(innen) ohne Migrationshintergrund – zu den Benachteiligten im Bildungssystem. Und selbst Migrant(inn)en, die ihre gesamte Ausbildung in Deutschland absolviert haben, haben schlechtere Jobchancen. Die OECD vermutete, dass vor allem Vorurteile bei den Arbeitgebern ausschlaggebend sind (OECD 2011: 21).

2.1 Der Kulturbegriff im Nationalen Integrationsplan (NIP) und im Nationalen Aktionsplan (NAP)

Bezüglich des Kulturbegriffs liest man im NIP von „Deutschland als Kulturnation“. Weiter heißt es: „Kultur ist eine wesentliche Grundlage unseres Zusammenlebens [...]“ (Bundesregierung 2007: 19, 27). Dass der Begriff der Kulturnation ein dubioser und im Falle Deutschlands traditionell ein ethnisch-exklusiver ist, zeigen die Diskussionen und Verständnisse, die sich um diesen Begriff ranken. In seiner Grundstruktur lässt sich der hiesige Kulturdiskurs mit seinen Anleihen am Kulturbegriff von Johann Gottfried Herder durch drei Dimensionen charakterisieren, nämlich durch ethnische Fundierung, soziale Homogenisierung und kulturelle Unterscheidbarkeit und damit Abgrenzung. Traditionell ist die Zugehörigkeit zur Kulturnation Deutschland nicht frei wählbar, sondern als gewachsene Identität ethnisch, und hier ist jetzt nach Abstammung gemeint, bestimmt.

Kultur ist nicht nur die Grundlage unseres Zusammenlebens, sondern sie „[...] verbindet Menschen unterschiedlicher Herkunft“ (Bundesregierung 2007: 9, 127). Kultur, insbesondere vor dem Hintergrund der Idee der Kulturnation, ist aber auch der Begründungszusammenhang, der es ermöglicht, den „Anderen“ entweder abzulehnen oder aber auch als gleich oder zumindest ähnlich und erkennbar anzuerkennen. Insgesamt wird deutlich, dass „Kultur“ im NIP ebenso wie im Ersten Fortschrittsbericht (Bundesregierung 2008) und im Nationalen Aktionsplan (Bundesregierung 2011) als statisch, als essentialistisch, mit festen Grenzen und einem gleichbleibenden Kern, konstruiert wird – stattfindend in tradierten Kulturräumen, die den Charakter von Container-Kulturräumen haben (Beitrag Glasze/Pott; West zu „Kulturellem Pluralismus“ in diesem Band). Demzufolge heißt es auch im NIP-F, dass die Bundesländer es als besondere Chance begreifen, „[...] in der Zeit einer immer offeneren Weltgesellschaft im eigenen Land verschiedene Kulturen erleben zu können“ (Bundesregierung 2008: 131). Und auch im NAP bleibt man immer noch dem Denken der Geschlossenheit von Kulturen verhaftet: Über Kultur können „[...] Migrantinnen und Migranten ihre Identität ausdrücken und die ihres neuen Heimatlandes erfahren. Auf der anderen Seite kann sich die Aufnahmegesellschaft mit der Kultur der zugewanderten Menschen, mit Migration und Integration auseinandersetzen“ (Bundesregierung 2011: 463).

„Kultur“ wird als Besitzstand aufgefasst, der einzelnen Gruppen zugewiesen werden kann. Der Einzelne wird hierbei entindividualisiert, indem er zum Repräsentanten einer Nationalkultur gemacht wird. Weiterhin schließt sich die Feststellung an, dass „[...] der angemessene Umgang mit kultureller Vielfalt eine notwendige und von vielen noch zu erlernende Kompetenz [...]“ ist (Bundesregierung 2007: 19). Interkulturelle Kompetenz und der interkulturelle Dialog bei Vereinen, Verbänden, Kirchen, Religionsgemeinschaften und Migrantenselbstorganisationen (Bundesregierung 2007: 29) soll gefördert werden und

kulturelle Vielfalt als solche wird anerkannt, ohne die Möglichkeit von Transkulturalität oder transgressiven Identitäten und Zugehörigkeiten (Kap. 1, 5; Beitrag West zu „Kulturellem Pluralismus“ in diesem Band) explizit in Erwägung zu ziehen oder zu skizzieren.

Insgesamt oszillieren die Aussagen und Stellungnahmen im NIP zwischen verschiedenen Positionen, die sich einmal mehr den Vorstellungen des Integrationsmodells „Konformität“ annähern, aber auch der Idee eines kulturellen Pluralismus Rechnung tragen (Beitrag West zu „Kulturellem Pluralismus“ in diesem Band). Der Grund für das Changieren der Positionen mag bestimmt in einen oder anderen Falle darin liegen, dass Politik in Umfang und Qualität der bisherigen Zuwanderung eine Bedrohung für die nationale Identität sieht (Oberndörfer 2008: 18) und daher ein gesteigertes Interesse an Integration hat. Entscheidender ist jedoch, dass die Ambivalenzen und Paradoxien, das Changieren und Ringen um Positionen, welches den ganzen NIP prägt, irritiert, verunsichert und Ratlosigkeit zurücklässt und somit kaum „Identitätsangebote“ oder „Identifikationspotenziale“ bereithält – und ich wage zu behaupten – weder für „uns“ noch für alle „die Anderen“. Im NAP hingegen bemüht man sich mit den 400 Selbstverpflichtungen auf allen politischen Ebenen und in verschiedenen Handlungsfeldern deutlich zu machen, dass Integration eine Regel- und Querschnittsaufgabe geworden ist, deren Ausgestaltung als gesamtgesellschaftlicher, ständig anzupassender Prozess verstanden werden soll.

2.2 Integration vor Ort – Die Bedeutung der Städte, Gemeinden und Quartiere für den Integrationsprozess aus nationaler Perspektive

Deutlicher als noch im NIP, in dem Wohnen und dem Wohnumfeld im Quartier eine „[...] zentrale Funktion im Integrationsprozess [...]“ (Bundesregierung 2007: 112) zugeschrieben wird und die Kommunen die „[...] Basis für ein friedliches und gleichberechtigtes Miteinander aller am Gemeinwesen Beteiligten [...]“ sind (Bundesregierung 2007: 22), wird im NAP herausgestellt, dass das Themenfeld „Integration vor Ort“ von besonderer Bedeutung für die Integrationspolitik ist: „Die Integration der zugewanderten Bevölkerung entscheidet sich in den Städten und Gemeinden“ (Bundesregierung 2011: 16) und hier insbesondere in den Stadtteilen und im Wohnumfeld (u. a. schon Heckmann 1998), weshalb dort im Rahmen des Experimentellen Wohnungs- und Städtebaus (ExWoSt) zwischen 2011 und 2014 modellhafte „Orte der Integration“ geschaffen werden sollen.

Allerdings erscheinen räumliche Konzentrationsprozesse von Migrant(inn)en – insbesondere wenn sie mit räumlichen Konzentrationsprozessen von sozialen Problemen gekoppelt sind – immer noch als Schreckgespenst der Integration. „Ethnische und soziale Segregation [...]“ kann zu „[...] Chancengleichheit und zum Ausschluss bestimmter Bevölkerungsgruppen führen [...]“ (Bundesregierung 2011: 435), auch weil in empirischen Analysen teilweise immer noch von der Annahme ausgegangen wird, dass eine Konzentration von Migrant(inn)en im Quartier zu „ethnischen Kolonien“ (Esser 1980: 155; Esser 1986; dazu die differenzierte Analyse aus der Binnenperspektive von Ceylan 2006) führt und Integration behindert, indem binnenethnische kulturelle Orientierungen stabilisiert und die Aneignung aufnahmelandbezogener kultureller Fertigkeiten behindert werden (Farwick 2012: 401; Beiträge Dangschat/Alisch; Farwick; Münch; Kocks; Fina/Schmitz-Veltin/Siedentop in diesem Band).

Erklärtes Ziel im NIP und im NAP ist deshalb das Festhalten am Leitbild einer sozialen und ethnischen Mischung der Bewohner im Quartier. Einer Abschottung zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen sowie einer sozialräumlichen Konzentration von Armutsbevölkerung und zugewanderter Bevölkerung (Bundesregierung 2007: 113) soll entgegengewirkt werden. Vor dem Hintergrund, dass sich sozialräumliche Segregation

insbesondere durch staatliches Handeln nur begrenzt beeinflussen und verändern lässt (Bundesregierung 2007: 112; Bundesregierung 2011: 437), da diese auch eng mit den Zugängen zum Wohnungsmarkt bzw. dem Ausschluss von Teilen des Wohnungsmarktes aufgrund von Vorurteilen der Vermieter zusammenhängt, wird versucht, die entsprechenden Quartiere mit städtebaulichen und infrastrukturellen Maßnahmen attraktiv zu gestalten (Bundesregierung 2011: 437). Was dies bedeutet oder wie diese Attraktivitätssteigerung und damit Aufwertung aussehen soll und dass damit die Gefahr einer Verdrängung eben der angestammten Bewohner einhergeht, wird nicht thematisiert. Das führt zur Frage, wer letztendlich was festlegt und mit welchen Prozessen und Planungskulturen „Attraktivität“ für wen erzeugt wird (Kap. 5).

3 Interkulturalität als Leitmotiv für die integrationspolitische Auseinandersetzung zwischen der lokalen und nationalen Ebene

Der Wechsel der Integrationsparadigmen zwischen NIP (2007) und NAP (2011) weg von einer kulturalisierenden, an Beseitigung von Defiziten orientierten und hin zu einer sich an *diversity* und *migration mainstreaming* orientierenden Integrationspolitik (Kap. 2; Beitrag West zu „Kulturellem Pluralismus“ in diesem Band), die gleichzeitig anerkennt, dass sich Integration in den Kommunen und Quartieren entscheidet, steht in direktem Zusammenhang mit der Implementierung und der Veränderung des integrationspolitischen Grundsatzes vom „Hilfe- und Verständigungsdiskurs der Sozialpädagogik“ der 1980er Jahre hin zu „Interkulturalität“, wie in den bundesdeutschen Kommunen seit den 1990er Jahren zu beobachten ist (Baraulina 2007). Auf Druck der Städte hat „Interkulturalität“ von dort quasi als „Bottom-up-Strategie“ in den Nationalen Integrationsplan 2007 Eingang gefunden. „Interkulturalität“ ist somit auch das Leitmotiv für das Wechselspiel zwischen kommunaler und nationaler Ebene.

Zwar wird „Integration“ vor dem Hintergrund der durch die Ölkrisen der 1970er Jahre ausgelösten Wirtschaftskrisen und der gleichzeitig steigenden Niederlassungsquote von Ausländern im Rahmen des Familiennachzugs, der Schulschwierigkeiten der Kinder, einer steigenden Arbeitslosigkeit und der aufkommenden Furcht vor Ghettobildung, sozialer Deklassierung sowie von Konflikten zwischen verschiedenen Gruppen schon seit Ende der 1970er Jahren zum Thema auf kommunaler Ebene, allerdings auch hier als Nicht-Politik (*non-policy*). Da es in Deutschland an systematischen integrationspolitischen Konzepten oder Programmen fehlte, war es auch in den Kommunen schwierig, sozialpolitische Strategien und adäquate Instrumente zur Bewältigung der Folgen von internationaler Migration zu entwickeln. „Ausländerprobleme“ wurden von den besonderen sozialen Diensten, deren Träger die Kommunen, die freien Wohlfahrtsverbände oder private Akteure der lokalen Sozialarbeit waren, sowie von den jeweiligen Ausländerkirchen – immer vor dem Hintergrund der jeweiligen Leitprinzipien – bearbeitet.

Durch den Zusammenbruch der Sowjetunion in den 1990er Jahren erhöht sich die Zahl der deutschen Aussiedler und politischen Flüchtlinge schlagartig, hinzu kommen Asylsuchende aus anderen Krisenregionen wie der Türkei (1997: 16,1% aller Asylsuchenden) oder dem Irak (1997: 13,5% aller Asylsuchenden) (BAMF 2004: 47). Den erhöhten Kosten der Kommunen für Unterbringung und Sozialhilfeausgaben stehen Kürzungen bei den vom Bund finanzierten Angeboten der sozialen Arbeit gegenüber. Diese Verschiebung der Kosten und Risiken der Zuwanderung vom Bund auf die Kommunen führt zur „Kommunalisierung“ der Folgen von Migration (Filsinger 2009: 76).

Als Reaktion auf den zunehmenden Handlungsdruck werden Migrations- und Integrationsfragen von den Kommunen politisiert, indem sie Bund und Länder auffordern, ihre

Zuständigkeit bei der Bewältigung der Folgen von Migration anzuerkennen: Zuwanderung soll durch nationale Regelungen kontrolliert werden, und die Integration der zugewanderten Bevölkerung soll durch umfassende Integrationsprogramme und Fördergelder anerkannt werden und so die bisherige defizitäre Ausländerpolitik ablösen. Gleichzeitig öffnete eine „Phase der Modernisierung“ (Filsinger 2009: 78) die kommunalen Integrationspolitiken, indem aus der Perspektive einer multikulturellen Gesellschaft Konzepte mit interkultureller Orientierung ausgearbeitet wurden (Beitrag West zu „Kulturellem Pluralismus“; Gestring zu „Integration“ in diesem Band). Die Auseinandersetzung mit den Differenzierungs- wie Annäherungsprozessen zwischen den verschiedenen „Kulturen“ in den multikulturellen Zentren der Migration werden jetzt nicht mehr als marginale Sonderaufgabe betrachtet, die die Defizite der „Ausländer“ ausgleichen sollte, sondern als Regel- und Querschnittsthema für Kommunalpolitik und Verwaltung.

Der Wechsel zum integrationspolitischen Grundsatz „Interkulturalität“ in kommunalen Integrationsagenden war zunächst eher strategisch, zunehmend auch konzeptionell-inhaltlich begründet, weshalb Interkulturalität heute eine große Spannweite politischer Implikationen aufweist und dadurch vor allem auf der kommunalen Ebene als persistent erscheint. Gleichzeitig ist Interkulturalität mehrdeutig, weshalb sie zwar als semantische „Black Box“ erscheint, gleichzeitig aber Experimente in der kommunalen Integrationspraxis möglich macht oder zumindest machen könnte (Kap. 5):

- Das Interkulturalitätsparadigma in den Kommunen ermöglicht es, Integrationspolitik als **Querschnittsthema für Kommunalpolitik und Verwaltung** zu positionieren und spezifische ressortübergreifende Organisations- bzw. Koordinationsstrukturen zu etablieren. Dadurch wird es möglich, unterschiedliche Maßnahmen zielgerichtet in verschiedenen sektoralen Zuständigkeitsbereichen unterzubringen oder anzudocken. Erwartet werden Synergieeffekte, mit denen den Herausforderungen durch internationale Migration effizient begegnet werden kann.
- Die Politisierung von Migrations- und Integrationsfragen in den Kommunen ging einher mit einer konzeptionellen Reformulierung des Integrationsparadigmas (Baraulina 2007). Integrationspolitik in einem Land, das sich offiziell erst seit 2005 als Zuwanderungsland versteht, war kaum mehrheitsfähig, weshalb mit dem Paradigma der Interkulturalität darauf abgezielt wird, die **Vorteile von Integrationspolitik und Integrationsmaßnahmen für die Gesamtgesellschaft herauszustellen**, ohne normative Positionen der jeweils vorherrschenden Migrations- und Integrationspolitik infrage zu stellen.
- Vor diesem Hintergrund wird Interkulturalität zur Strategie und eignet sich – ganz pragmatisch – als nahezu wertneutraler, normativ korrekter **Begründungszusammenhang bei der Beantragung von Finanzmitteln** bei verschiedenen Geldgebern.
- Mit dem Wechsel hin zu Interkulturalität beginnt sich der Blick für die **Alltagspraktiken des Zusammenlebens**, für die **Wahrnehmung von unterschiedlichen Weltanschauungen oder Glaubensrichtungen** zu öffnen. Neben der kulturellen Vielfalt wird in den integrationspolitischen Grundsätzen der Kommunen zunehmend die religiöse Vielfalt thematisiert, kulturelle und religiöse Unterschiede sollen „akzeptiert und respektiert“ und das „Recht auf kulturelle und religiöse Selbstbestimmung“ gewährleistet werden. Neben der interkulturellen Begegnung sollen der interreligiöse Dialog und entsprechende Initiativen aktiv unterstützt werden (Stadt Mannheim 2009; Klinghammer/Frese/Satilmis et al. 2011: 241, 252). Die Öffnung der Kommunen erscheint als eine Reaktion auf die zunehmende religiöse Vielfalt in deutschen Städten (metroZones 2011), die sich mehr und mehr mit dem **Wunsch der verschiedenen**

- Glaubensgemeinschaften nach *placemaking* und Sichtbarkeit im Stadtraum** z. B. durch den Bau von repräsentativen Moscheen oder die Um- und Zwischennutzung von urbanen Brachen zu religiösen Stätten, auseinandersetzen.
- Mit der Anerkennung religiöser Vielfalt und der Unterstützung von interreligiösen Aktivitäten in den integrationspolitischen Grundsätzen der Kommunen (z. B. Mannheim, Essen, Gelsenkirchen, Dortmund) **verändern sich die Prozesse von *urban governance* und *urban management***, da bisher kaum wahrgenommene Akteure mit ihren Interessen und Orientierungen aktiv und räumlich sichtbar an Stadtentwicklungsprozessen partizipieren und diese mitgestalten. Um diese Prozesse jedoch überhaupt erst in Gang zu bringen, wurden und werden immer wieder neue Formen der Verständigung und Kommunikation gesucht und entwickelt (Kap. 5), woraus sich durchaus dauerhaft auf Kommunikation und Austausch angelegte Institutionen und langfristige Partnerschaften entwickeln können, die sich ex post als förderlich für die gesamte Stadtgesellschaft erweisen. Das „Mannheimer Institut für Integration und interreligiösen Dialog e. V.“ z. B. entwickelte sich als Privatinitiative vor dem Hintergrund der monatelangen intensiven Diskussionen, die dem Bau der bis 2008 größten repräsentativen Moschee Deutschlands, der 1995 eröffneten Yavuz-Sultan-Selim-Moschee, vorausgingen. Diskutiert wurde vor allem zwischen dem Träger Islamischer Bund Mannheim e. V., der Stadtverwaltung Mannheim, der direkt benachbarten katholischen Kirchengemeinde Liebfrauen, der in unmittelbarer Nähe befindlichen evangelischen Kirchengemeinde der Hafenkirche, der ebenfalls benachbart gelegenen Jüdischen Gemeinde Mannheim sowie der zunächst besorgten Bevölkerung. Inzwischen ist das Institut nicht nur in Mannheim, sondern in ganz Deutschland Ideengeber, Partner, Berater und Informationsvermittler in zahlreichen Projekten und Initiativen für interreligiösen und interkulturellen Austausch.
 - Die Unterstützung von interreligiösen Aktivitäten in den integrationspolitischen Grundsätzen von Kommunen sind einerseits passend zu sich **verändernden Planungskulturen und Planungsverständnissen** im Zusammenhang mit den postmodern inspirierten Momenten – den kosmopolitischen, aber auch den kritischen – des Migrationsdiskurses. Andererseits knüpfen sie an post-multikulturalistische Forderungen (Vertovec 2007; Uitermark/Rossi/van Houtum 2005) nach mehr Bürgerpartizipation und Bürgerengagement innerhalb eines **neuen urbanen *diversity management*** an (Beitrag West zu „Kulturellem Pluralismus“ in diesem Band).
 - Mit dem Wechsel zu Interkulturalität als integrationspolitischem Grundsatz öffnet sich der Blick für eine differenzierte Betrachtung der Differenzlinien in der Gesellschaft und damit für *diversity*. Hierdurch wird die vorherrschende kulturelle Kategorisierung im Sinne eines Kulturraum-Container-Modells (Beiträge Glasze/Pott; West zu „Kulturellem Pluralismus“ in diesem Band) und des herkunfts begründeten Andersseins entlang der binären Kategorien „Wir“ und „die Anderen“, die der **Kulturbegriff im Interkulturalitätskonzept** nahelegt, relativiert. Allerdings werden der Mechanismus und die Idee des Ordnen und Zuordnen von Menschen entlang exkludierender und homogenisierender Differenzkategorien nicht überwunden.
 - Mit dem Leitmotiv „Interkulturalität“ formulieren Städte Strategien zur Förderung der Idee der „Intercultural Cities“, ein im „Europäischen Jahr des Interkulturellen Dialogs 2008“ entstandenes Projekt und vom Europarat gefördertes Netzwerk aus 40 Städten (Europarat 2013). Die formulierten Strategien werden mit einem „Intercultural Cities Index“ bewertet. Bei genauerer Analyse zeigt sich jedoch, dass der Kulturbegriff der Initiative ein essentialisierender ist, da er eine Kulturalisierung gesellschaftlicher Pro-

blemlagen betreibt, indem er diese auf kulturelle Unterschiede und Missverständnisse zurückführt, die im Dialog zu lösen seien, ohne eingeschriebene und bestehende Macht- und Herrschaftsverhältnisse zu thematisieren und kritisch zu hinterfragen (Beitrag West zu „Kulturellem Pluralismus“ in diesem Band). Die als wichtig erachteten Dimensionen der Initiative zielen auf die „mechanische Solidarität“ traditionaler Gemeinschaften (Durkheim 1992), also auf geteilte Weltanschauungen und Ähnlichkeiten. Distanz, Gleichgültigkeit, diametral gegenüberstehende Wertorientierungen (West 2007, 2009), Widersprüche, Konfrontation und Auseinandersetzung – alles Dimensionen und Voraussetzungen, die ebenfalls zum urbanen Zusammenleben gehören und auf Mechanismen der Systemintegration (Bildung, Arbeit etc.) angewiesen sind – werden ausgeblendet (Günter 2012: 50). **„Interkulturalität“ als Bestandteil von wachstumsorientierten stadtpolitischen Strategien** wird so zum „Steigbügelhalter“ für eine Stadtentwicklung, die sich an den Bedürfnissen der „Creative Class“ orientiert, dadurch soziale Ungleichheit aus dem Blick nimmt und Mechanismen der (herkunftsbedingten) Exklusion, Gentrification und Verdrängung befördert.

4 *Diversity* statt Interkulturalität? Supervielfalt in Frankfurt am Main

Inzwischen ist in einigen Kommunen als Reaktion auf zunehmend postmoderne Lebensformen und die damit zunehmende Komplexität und Vielfalt eine Verschiebung vom Interkulturalitätsparadigma hin zu neuartigen Konzepten wie *diversity* zu beobachten. Reagiert wird damit auch auf das nachlassende Identifikationspotenzial des kulturaffinen Interkulturalitätskonzeptes für Menschen mit multiplen Zugehörigkeiten. In den neuen Konzepten dagegen wird versucht, neue Blickwinkel einzunehmen und Vielfalt hinsichtlich verschiedener Kategorien statt kultureller Zuordnung in den Mittelpunkt zu stellen (Beitrag West zu „Kulturellem Pluralismus“ in diesem Band). Welche Maßnahmen sind geeignet, um den „bunten Realitäten“ in Städten gerecht zu werden? Kann das *diversity*-Konzept für die Menschen vor Ort mit ihren Alltagsrealitäten überhaupt ein Angebot zur Identifikation darstellen? Kann *diversity* als neues Leitmotiv und quantifizierbares Analyse- und Monitoringinstrument das Interkulturalitätsparadigma ablösen?

Unter dem Motto „Vielfalt bewegt Frankfurt!“ hat der Magistrat der Stadt Frankfurt am Main (2009) den Entwurf eines Integrations- und Diversitätskonzepts vorgelegt, der vom Konzept der *super-diversity* von Vertovec (2007) geprägt ist (Beitrag West zu „Kulturellem Pluralismus“ in diesem Band). Mit diesem Ansatz versucht die Stadt Frankfurt am Main einen Perspektivenwechsel in ihrer Integrationspolitik einzuleiten, indem der Blick auf die dynamischen Wechselbeziehungen, die die Diversitätsmuster in einer Vielzahl von Situationen verändern, gelenkt werden soll. Damit soll die bisher konzipierte strukturelle Geschlossenheit, Homogenität und Individuierbarkeit von Kulturen, die noch in der Frankfurter Integrationsstudie aus dem Jahr 2008 bestimmend war, überwunden werden, da „[...] diese herkömmliche Betrachtungsweise der tatsächlichen Vielfalt in der Stadt nicht gerecht [...]“ wird (Magistrat der Stadt Frankfurt am Main 2009: 37). Wurde im Jahr 2008 die Gegenüberstellung von „Deutschen“ und „Ausländern“ noch beständig reproduziert, soll sich diese Geisteshaltung in Zukunft ändern und die Fortschreibung eines „Defizitmodells“, welches Anpassungsleistungen an scheinbar feststehende nationale, kulturelle, sprachliche Standards erwartet, vermieden werden: „Die sich hier abzeichnende Vielfalt ist vor allem auch auf Annäherungen zwischen Menschen mit unterschiedlichen Migrationshintergründen zurückzuführen – und nicht nur auf eine kulturelle Annäherung von Migrantinnen und Migranten an eine „deutsche“ Mehrheitskultur, wie sie das nationale und das europäische Integrationsmodell in den Vordergrund stellt.“ (Magistrat der Stadt Frankfurt am Main 2009: 21, 37, 41; West 2013).

In ihrer Selbstbeschreibung positioniert sich die Stadt Frankfurt am Main als „Global City mit kulturellem Weltstadtcharakter“ in einer „Global Region“, in der Internationalität das Ergebnis einer „seit Jahrzehnten gelebten Weltoffenheit“ ist und in der Vernetzung, Hypermobilität und Transnationalisierung den Alltag bestimmen. Deshalb soll ein neues erweitertes Verständnis von Integration entwickelt werden und die Gestaltung von Super Vielfalt das Ziel von Stadtentwicklungspolitik sein (Magistrat der Stadt Frankfurt am Main 2009: 21, 30 ff., 221). Dementsprechend sollen bestimmend für die Handlungsfelder des Konzeptes sein: die Verbindung und Vermittlung zwischen den bislang eher getrennt betrachteten Sphären urbaner Mobilität und Vielfalt, der Sphäre der transnationalen Wirtschaftsmetropole und der Sphäre der ebenso transnationalen Einwanderungsstadt mit allen Bürger(innen) der Stadt – mit und ohne Migrationshintergrund, hochqualifizierte Migrant(inn)en, Bildungsmigrant(inn)en sowie Migrant(inn)en mit ungesichertem Aufenthaltsstatus –, die Förderung und Nutzung von sozialer, sprachlicher, kultureller und auch religiöser Vielfalt als grundlegende Ressource weltstädtischer und kosmopolitischer Entwicklung und die Absage an Analysen, die entlang konventioneller Kategorien von ethnischen Einwanderergruppen differenzieren. Dialog, Partizipation und Bürgerengagement sollen ebenfalls gefördert werden (Magistrat der Stadt Frankfurt am Main 2009: 21, 81 ff.).

Die Analyse des Frankfurter Integrations- und Diversitätsmonitorings (Magistrat der Stadt Frankfurt am Main 2012) zeigt jedoch, dass es noch einiger Zeit bedarf, bis die migrationsbedingte Diversität in allen statistischen Dimensionen sichtbar und damit gestaltbar gemacht werden kann, da mit den zur Verfügung stehenden Daten sich die *super-diversity*-Perspektive, wie von Vertovec (2007) vorgeschlagen, nicht einnehmen lässt (Beitrag West zu „Kulturellem Pluralismus“ in diesem Band). Im diskutierten und verabschiedeten Integrations- und Diversitätskonzept ist von Supervielfalt nur noch einmal die Rede (Magistrat der Stadt Frankfurt am Main 2011: 14). Statt Supervielfalt als Ziel ist Vielfalt jetzt eine Tatsache, und Integrationspolitik wird beschrieben als eine Politik der Vielfalt und Vernetzung, die urbane Realität ernst nimmt (Magistrat der Stadt Frankfurt am Main 2011: 7 ff.). Um jedoch nicht wieder in den binären Essentialismus der Integrationsstudie von 2008 zurückzufallen und um die verfügbaren Daten zu nutzen, wurde die Bevölkerung der Stadt erstmals mithilfe einer Kombination der Merkmale „Staatsangehörigkeit“ und „Migrationshintergrund“ mit dem Merkmal „Geschlecht“ oder „Lebensformen“ differenziert. Was hier jedoch fehlt, sind grundsätzlich neue theoretische Konzepte, wie z. B. das der grundlegenden Wertorientierungen mit entsprechenden Methoden („modellfreie Methoden“) (West 2007), und eine hierfür angepasste Datengrundlage mit veränderten Erhebungsmethoden, die nicht wieder auf multikulturalistischen Grundannahmen basieren, um der Vielfalt und den Differenzierungen postmigrantischer Lebensentwürfe Rechnung zu tragen, diese sicht- und kommunizierbar und damit verstehbar zu machen (Kap. 5). Für die Stadt Frankfurt am Main besteht die grundsätzliche Idee des Diversitätsansatzes jetzt darin, „ein Bewusstsein für Vielfalt zu schaffen und deren positive gesellschaftliche sowie organisationale Effekte herauszuarbeiten bzw. nutzbar zu machen“ (Magistrat der Stadt Frankfurt am Main 2012: 8). Aber wenn man behaupten will, Diversität, Vielfalt und Differenz einer Stadtgesellschaft zu verstehen und diese zu gestalten und zu unterstützen, dann müssen diese sicht- und durchaus auch messbar gemacht werden.

Somit bleibt das Frankfurter Integrations- und Diversitätsmonitoring auch im Jahr 2012 größtenteils in der Betrachtung statistisch-formalisierter Herkunftste stehen und stellt kaum Bezüge auf aktuelle oder vergangene Lebenszusammenhänge her. *Super-diversity* oder Vielfalt im post-multikulturalistischen Verständnis wird nicht analysiert. Die Einsicht, dass Diversität im Sinne von *super-diversity* für Planung und Politik eine Grundlage darstellen sollte, ist da, aber die bisher zur Verfügung stehenden Instrumente reichen noch nicht

aus, diese zu operationalisieren. Das Ergebnis ist wieder die Überbetonung der Differenz entlang Nationalität oder Staatsangehörigkeit bzw. zwischen Deutschen mit und ohne Migrationshintergrund bei einer Vernachlässigung der Diversität innerhalb dieser statistisch konstruierten Gruppen und einer Nichtbeachtung postmigrantischer Lebensentwürfe.

Ähnliche Diskrepanzen zwischen wissenschaftlichen *policy*-Philosophien mit Bezug zu migrantischer/postmigrantischer Differenz einerseits und den alltäglichen Erfahrungen von Akteuren im städtischen öffentlichen Leben andererseits stellen auch Uitermark/Rossi/van Houtum (2005) für die *diversity*-Politik in Amsterdam heraus.

5 Wege aus der Integrationsfalle? – Transgressive Identitäten als neue Herausforderungen und Chancen für Politik und Planung

Transkulturalität (Welsch 1992, 1994, 1997, 2009) und transgressive Identitätskonstruktionen basieren auf transversaler Vernunft (Welsch 1987: 295 f.; Welsch 1995: 852; Welsch 1997: 70) und stellen radikal jegliche Form essentialistischer Kulturalisierung infrage, ohne die, wie der Fall Frankfurt am Main zeigt (Kap. 4), auch die verschiedenen *diversity*-Konzepte letztlich nicht auskommen (Beitrag West zu „Kulturellem Pluralismus in diesem Band). Zunehmend transgressive Identitätskonstruktionen werden aber häufig bei jüngeren Menschen mit Migrationshintergrund, die in Deutschland geboren sind, beobachtet. Aishe, 22 Jahre, beschreibt z. B. im Gespräch, wie sie als Jugendliche immer „falsch“ war. Bei den türkischen Nachbarskindern im Quartier war sie immer deutsch, da sie aufs Gymnasium ging, welches außerhalb des Quartiers lag, und bei ihren Klassenkameraden war sie immer türkisch. „Mit welchem Recht bestimmt dauernd jemand, dass ich türkisch oder deutsch bin? Wieso soll ich mich entscheiden? Ich bin sowohl als auch“ (eigene Befragung 2011, Name geändert). Und Nihal, 23 Jahre, kann als ehemalige Schülersprecherin ihres Gymnasiums und nach erfolgreichem Bachelor-Studium an der Universität Mannheim kein Verständnis dafür aufbringen, dass sie bei der Wohnungssuche immer wieder als „Türkin“ zurückgewiesen wird (eigene Befragung 2011, Name geändert).

Wenn wir anerkennen, dass Identitätskonstruktionen heute jenseits bisheriger integrationspolitisch wahrgenommener Leitdifferenzen und Paradigmen oder statistischer Kategorien stattfinden, dann passen unsere Beschreibungs- und Integrationsmodelle von Gesellschaft und Analysemethoden nicht mehr, um die veränderten Konstruktionsmechanismen von Zugehörigkeit und Identifikation zu erfassen. Identität und soziale wie räumliche Zugehörigkeit verändern sich extrem durch Transkulturalität, werden jedoch nicht obsolet. Die große Herausforderung für Wissenschaft, Politik und Verwaltung in einer Gesellschaft der Diversität mit transgressiven Identitäten besteht dann darin, sich den veränderten Produktionsweisen und Praktiken des Seins anzunähern und Möglichkeiten zu entwickeln, wie Differenz und damit das Zusammenleben organisiert werden kann. Eine Schlüsselrolle kommt dabei der Wissenschaft zu, deren Aufgabe darin besteht, die Grundlagen zum Verständnis der veränderten Mechanismen von Identitätsbildung zu untersuchen und geeignete Untersuchungsmethoden für diese zu entwickeln. Ohne neue Methoden zur Visualisierung neuer gesellschaftlicher Strukturen können Politik und Planung nicht auf die zunehmende Bedeutung transgressiver Identitäten reagieren.

Bisher jedoch wird transgressiven Weltwahrnehmungen, die sich der transversalen Vernunft bedienen, weder in wissenschaftlichen oder politischen Diskussionen um Inklusion, Exklusion und sozialer Kohäsion auf nationaler Ebene – wie kommunaler und Quartiers-ebene – noch in der Entwicklung von Gesetzen oder in Raum- und Stadtplanung Rechnung getragen. Stellen wir uns jedoch dem Wissensstand der Menschen (mit und ohne Migrationshintergrund oder auch postmigrantisch), die zunehmend transgressiv handeln,

dann werden ganz unterschiedliche Fragen und Forderungen virulent, die hier nur ansatzweise thematisiert werden können.

Wird die Frage der Integration auf allen territorialen Ebenen – von der EU bis zum Quartier – obsolet, oder muss sie neu gestellt werden? Damit ergeben sich nicht nur Konsequenzen für das Konstrukt Nationalstaat – politisch, sozial wie räumlich –, sondern es werden auch alternative Modelle der rechtlichen Anerkennung notwendig, weshalb Integrations- und Toleranzpolitik(en) ständig neu und weiter gedacht werden müssen. Fragen nach Mitbestimmungsrechten erhalten dann eine ganz neue Dimension.

Wie werden (raum-)planerische Diskussionen um Integration, Exklusion und Kohäsion durch Transkulturalität und Transgressivität sowie durch die damit verbundenen Vorstellungen von Mehrfachintegration verändert? Da der Modus Operandi dieser veränderten Produktionsweise von Gesellschaft und Raum die transversale Vernunft ist, die sich als offen, unabschließbar und *open-ended* darstellt, ist es sinnvoll, diesen Modus Operandi konsequenterweise auch auf Organisation und damit Planung von gesellschaftlichen Prozessen im Raum zu übertragen. Planung konzentriert sich dann auf die Entdeckung der Mechanismen, die bei der Entstehung von *free spaces*, *safe spaces* oder *ephemeral dominated spaces* wirksam sind. Ungeplante, spontane, abstrakte soziale wie räumliche Formen von Organisation dienen der Bewältigung und der Spiegelung existierender Ordnungen. Aber sind wir in der Lage, diese nicht nur zu entdecken, sondern das Abstrakte, das heterotopische und transtopische Moment in Gesellschaft, auch zu verstehen (Beitrag West zu „Kulturellem Pluralismus“ in diesem Band)? Sind wir in der Lage, etwas von sich selbstorganisierenden sozialen und räumlichen Systemen zu lernen, um ein Mehr an Flexibilität, Offenheit und Unabgeschlossenheit zuzulassen? Sind wir fähig, mit Unsicherheit und Ungewissheit umzugehen?

Damit wird einmal weniger die Frage nach dem „Was“ als vielmehr die Frage nach dem Entstehungsprozess, die Frage nach dem „Wie“, bedeutend. Das Leitbild von Planung ist dann nicht mehr an einem Ziel ausgerichtet, sondern an der Art und Weise des Planungsprozesses, dem die Idee der Improvisation zugrunde liegt. Es verändert sich jedoch auch die Zuschreibung, wer im Planungsprozess Deutungs- und Entscheidungsmacht haben kann – was die Frage „Wer ist Experte für was im Planungsprozess?“ zur Folge hat. Damit werden auch dominante Formen der (*urban*) *governance* im Planungskontext ebenso wie die der Partizipation infrage gestellt. In der Planungsliteratur werden bisher vor allem kommunikative Aushandlungsprozesse in den Vordergrund gerückt; vernachlässigt werden Formen der performativen Teilhabe.

Improvisation als grundlegendes Prinzip der Planung bedeutet, dass sie aus dem Schattendasein einer Notfallkorrektur befreit wird. Improvisation ist nicht, wie oftmals angenommen, beliebig und planlos. Improvisieren heißt nicht, keinen Plan zu haben, sondern braucht im Gegenteil einen sehr genauen und konkreten Plan – allerdings mit vielen Alternativen. Beim Improvisieren ist das Übertreten der Planung in Alternativplanungen vorgesehen. Sie – die Improvisation – ist dann Grundlage und ständiger Bestandteil der Planung (Dell 2011). Grundlage der Improvisation ist eine Grundhaltung, die sich an transversaler Vernunft orientiert: Aus den vielen Möglichkeiten wird situativ strategisch ausgewählt.

Bisher ist die Fähigkeit der Improvisation nur wenigen Disziplinen vorbehalten – und innerhalb dieser Disziplinen wie Musik oder Tanz gibt es wiederum nur wenige, die diese Kunst beherrschen. Aber auch Stadtplanung erfordert Improvisation, da der soziale Raum nicht statisch ist, sondern laufend im Sinne eines relationalen Raumverständnisses produziert und reproduziert wird (Lefèbvre 2001). Für Semlitsch (2011: 249 f.) hat z. B. Straßentheater die Funktion eines Analyseinstruments für Prozesse und Transformationen, die

durch Beobachtung von außen alleine nicht zu erkennen sind. „Es ist meist eine Provokation, die den Raum sprechen lässt“ (Semlitsch 2011: 250). Solche „Provokationen“ oder urbane Interventionen können z. B. die gezielte (temporäre) Veränderung des öffentlichen Raums sein wie das Aufstellen einer Parkbank mitten auf einer von Fußgänger(innen) genutzten Straßenbahn-Verkehrinsel. Die Beobachtung der Reaktion der Menschen liefert Aufschlüsse über Prozesse und Bedürfnisse vor Ort (Semlitsch 2011: 250).

Ein relationales Raumverständnis und das Anerkennen, dass Raum nicht statisch ist, widersprechen dem klassischen Verständnis von Raumplanung als „vorausschauende Bewirtschaftung des Lebensraums“ oder „gedankliche Vorwegnahme von Handlungsschritten“ (ARL 2005, nach Semlitsch 2011: 256). Improvisation dagegen setzt praktische Intelligenz und Kreativität frei und schafft die Flexibilität, mit dem Unvorhersehbaren umgehen zu können. In dieser Hinsicht eignen sich für improvisatives Planen insbesondere „Strukturen elastischer Art [...], welche die Produktion neuer, vielfältiger Räume [...] ermöglichen“ (Semlitsch 2011: 253). Raum kann dann von allen Menschen ständig verändert werden, wodurch Kommunikation und Öffentlichkeit stimuliert werden und (vernachlässigte) Orte eine neue Bedeutung erlangen. Traditionelle Mittel der Raumplanung wie Karten, Plandarstellungen oder Computersimulationen, welche gerade in Fragen des alltäglichen Lebensraums oft nicht von allen Bevölkerungsschichten rational nachvollzogen werden können, müssen ergänzt werden durch solche emotional und performativ inspirierte Methoden der Raumentwicklung (Semlitsch 2011: 251). Dies ermöglicht auch die Teilhabe sonst schwer erreichbarer Gruppen an Planungsprozessen, insbesondere auch von Menschen mit Migrationshintergrund, die bisher in Partizipationsprozessen (Kabis-Straubach/Hermanns 2011 oder „Recht auf Stadt“-Netzwerk) oft stark unterrepräsentiert sind.

Um die Fähigkeit der Improvisation zu erlernen, brauchen wir auch veränderte Lehrformen und -inhalte. Sprache ist heute eine der wichtigsten Ausdrucksmöglichkeiten der Menschen. Darüber vergessen wird die Förderung all der anderen Ausdrucksformen, die Körper und Geist zusammenführen, wie Musik, Tanz, Rhythmus, Malerei, der metrumfreie Umgang mit Sprache etc. Viele praktizierte Lehrformen, Methoden und Modelle in Schulen und Universitäten erscheinen widerständig zu den veränderten Seinsweisen und Weltwahrnehmungen der Menschen, deren grundlegenden Wertorientierungen im Prozess der Transkulturalität und anderer Transgressionen wie z. B. Transethnizität zunehmend offen und abstrakt und damit auch improvisativ sind (West 2007, 2009: 130).

Prozesse der Transkulturalität, Transethnizität und Plurilokalität (Beitrag West zu „Kulturellem Pluralismus“ in diesem Band) können deshalb auch nicht über die Standardvariablen des amtlichen Statistik oder anderer Panels abgebildet und mittels der vertrauten kontingenten sozialwissenschaftlichen oder ökonomischen Statistikmodelle analysiert werden. Den Modellen liegt in der Regel ein abgeschlossenes gesellschaftstheoretisches Modell, das einer binären und somit niedrigkomplexen Logik folgt, zugrunde – welches das Ergebnis letztendlich auch wieder reifiziert, wodurch viele der so ermittelten gesellschaftlichen Strukturen als unausweichlich erscheinen.

Die Notwendigkeit neuer quantitativer Forschungsmethoden, mit denen neue Arten von Differenzen erkennbar werden und vielfältige neue Emergenzen/Anschlussmöglichkeiten entstehen, ist nicht zu übersehen. Deshalb wurden im Rahmen verschiedener Forschungsarbeiten zu Stadtentwicklungskontexten in Barcelona (West 2007, 2009) und Mannheim (West/Gans/Schmitz-Veltin 2008; Gans/Schmitz-Veltin/West 2008; West/Deschermeier 2011) weitgehend modellfreie Analyseverfahren entwickelt, die die Differenzierungsmechanismen in den Stadtgesellschaften über grundlegende individuelle Wertorientierungen, also verschiedene Differenzlinien, erforschen. Bewusst wurde in den Analysen auf Vorannahmen verzichtet wie z. B., dass alle Menschen mit Migrationshin-

tergrund sich in wie auch immer ermittelten Migrantenmilieus wiederfinden (z. B. Calmbach/Flaig 2012: 197). Studien, die solche Annahmen zugrunde legen, tragen zur Verfestigung essentialisierender, homogenisierender Grenzziehungen bei, anstatt zu erkennen, dass sowohl wir als auch die Anderen transgressiv leben können.

Im Kontext dieser Überlegungen drängt sich nicht nur die Frage auf, mit welchen Modellen eigentlich welche Ergebnisse erzielt werden sollen, und auch, dass die meisten quantitativen wie qualitativen Modelle selbst schon ergebniskonstituierend sind. Es stellt sich auch die Frage, wer welche Daten mit welchen Modellen im Hinterkopf ermittelt. Der Forderung nach Mut zu neuen Methoden muss die Forderung nach Veränderung des „Wie?“ und des „Was?“ bei der Datenerhebung folgen.

Im Fokus der so begründeten Wertorientierungsforschung stehen die Analysen, wie grundlegende Motivationen und, darauf aufbauend, wie subjektive Erfahrungen über ihre subjektive Verarbeitung zu subjektiven Erwartungen führen. Erfahrungen und Erwartungen bestimmen die Handlungspotenziale, die eine wesentliche Rolle spielen bei der Konstitution interindividuell verschiedener Lebensführung trotz einer postulierten Gleichwertigkeit der zugrunde liegenden Existenzbedingungen oder Lebensverhältnisse (soziale Lagen). Es geht also um die individuellen Wertorientierungen, insbesondere um jene, die transversal oder senkrecht zu jeglichen soziologischen Standardkategorien liegen und somit gesellschaftliche Dynamik und Veränderung auch im Raum hervorbringen.

Transgressive Orientierungen sind per se kreativ, da sie irreversibel Grenzen überschreiten wollen oder diese ignorieren. Die Anerkennung transgressiver Orientierungen und Praktiken ermöglicht neue Betrachtungsperspektiven, Fragestellungen und Erkenntnisobjekte, wodurch manch bekannte Phänomene in ganz anderem Licht erscheinen: Politik und Planung könnten selbst transgressiv/grenzüberschreitend werden!

Nicht zuletzt muss sich die zunehmende Transversalität auch im Bereich der Bildung niederschlagen. Bildung heute muss neben kanonisiertem Wissen auch Improvisationsfähigkeit vermitteln und entwickeln. Zu Recht plädiert deshalb auch Dell (2011: 226) dafür, Methoden und Institute für Improvisation aufzubauen, die das Erarbeiten von unkonventionellen Denk- und Handlungsmustern, jenseits aller Kanonisierung und Paradigmatisierung, in den Vordergrund stellen. Neue Lernmodelle zu entwickeln bedeutet auch, der neoliberalen Subjektivierung von Lernenden und Studierenden improvisatorische Kommunikations- und Teamfähigkeit entgegenzusetzen. Eine disziplinäre Spezialisierung sowie ein monolingualer Habitus (Gogolin 1994) reichen nicht mehr aus, da es nicht mehr genügt, Kontextualität nur zu durchschauen, sondern es ist notwendig, sie auch im alltäglichen Produktionsprozess von Gesellschaft und Raum situativ mitzugestalten. Bildung ist dann nicht mehr Repräsentation sondern Reflexion von Gesellschaft und Raum.

6 Fazit und Ausblick

Während auf kommunaler Ebene Integration schon seit Ende der 1970er Jahre zum Thema wird, wird sie erst mit dem ersten deutschen Nationalen Integrationsplan (NIP 2007) und dem Nationalen Aktionsplan Integration (NAP 2011) zu einer der führenden Policies in Deutschland erklärt. Die Analyse zeigt, dass der Wechsel der integrationspolitischen Grundsätze, wie er sich zwischen NIP und NAP abzuzeichnen beginnt – also weg von einer kulturalisierend-essentialisierenden, an Beseitigung von Defiziten orientierten Integrationspolitik und hin zu einer Politik, die sich zunehmend an *diversity*, *diversity management* und *migration mainstreaming* orientiert –, die Dynamiken und Prozesse bei der Weiterentwicklung von integrationspolitischen Grundsätzen, der Governance und des Managements von gesellschaftlichen und räumlichen Veränderungsprozessen im Zusammenhang

mit Migration und Integration in den Kommunen einfängt und deren entscheidende Rolle für das Gelingen von Integration anerkennt. In den bundesdeutschen Kommunen lässt sich seit den 1990er Jahren vor allem aus strategischen, später auch aus inhaltlichen Gründen die Implementierung des integrationspolitischen Grundsatzes „Interkulturalität“ beobachten. Dementsprechend zeigt sich, dass über den Grundsatz von „Interkulturalität“ vielfach verwaltungsinterne Managementaufgaben sowie monetäre oder stadtoökonomische Herausforderungen in Angriff genommen wurden.

Inzwischen ist in einigen Kommunen eine Verschiebung vom Interkulturalitätsparadigma hin zu Konzepten wie *diversity* und *migration mainstreaming* zu beobachten. Reagiert wird damit auf die Zunahme postmoderner Lebensformen und die damit zunehmende Komplexität und Vielfalt von Gesellschaft sowie auch auf das nachlassende Identifikationspotenzial des in der Kulturraum-Container-Tradition stehenden Interkulturalitätskonzepts für Menschen mit multiplen Zugehörigkeiten oder Mehrfachidentitäten. Allerdings zeigen sich erhebliche Schwierigkeiten bei der Implementierung als Monitoringinstrument, da sich mit den zur Verfügung stehenden amtlichen Statistiken und Methoden nur vertraute moderne Zuordnungsmuster reproduzieren lassen, die den veränderten Seinsweisen und Lebensformen aller Menschen (mit oder ohne Migrationshintergrund) nicht mehr gerecht werden. Deshalb werden in Planung und Wissenschaft neue Verfahren und Methoden diskutiert, entwickelt, ausprobiert und evaluiert, die sich jedoch nicht mehr unter einem migrations-integrationspolitischen Label einordnen lassen, weshalb auch auf allen politischen Ebenen – national bis kommunal – neue Wege beschritten und Grundlagen geschaffen werden müssen, mit denen solche innovativen Verfahren gefördert und unterstützt werden. Vorschläge zur Implementierung innovativer Verfahren und Methoden wurden im vorliegenden Beitrag vorgestellt und diskutiert.

Literatur

- Bade, K.J. (2005): Nachholende Integrationspolitik. In: ZAR 25 (7), 218-222.
- Bade, K.J. (2007): Versäumte Integrationschancen und nachholende Integrationspolitik. In: Bade, K.J.; Hiesseric, H.-G. (Hrsg.): Nachholende Integrationspolitik und Gestaltungsperspektiven der Integrationspraxis. Mit einem Beitrag von Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble. Göttingen. = Beiträge der Akademie für Migration und Integration II.
- BAMF – Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Hrsg.) (2004): Migration und Asyl in Zahlen. Nürnberg.
- Baraulina, T. (2007): Integration und interkulturelle Konzepte in Kommunen. In: Aus Politik und Zeitgeschichte (22/23), 26-32.
- Bourdieu, P.; Passeron, J.-C. (1971): Die Illusion der Chancengleichheit. Untersuchungen zur Soziologie des Bildungswesens am Beispiel Frankreichs. Stuttgart.
- Bundesregierung – Die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (Hrsg.) (2011): Nationaler Aktionsplan Integration. Zusammenhalt stärken – Teilhabe verwirklichen. Berlin.
- Bundesregierung – Die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (Hrsg.) (2008): Nationaler Integrationsplan. Erster Fortschrittsbericht. Berlin.
- Bundesregierung – Die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (Hrsg.) (2007): Der Nationale Integrationsplan. Neue Wege – Neue Chancen. Berlin.
- Calmbach, M.; Flaig, B. B. (2012): Lebenswelten von Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland: die Sinus-Migrantenmilieus. In: Heinz, A.; Kluge, U. (Hrsg.): Einwanderung – Bedrohung oder Zukunft? Mythen und Fakten zur Integration. Frankfurt am Main.
- Ceylan, R. (2006): Ethnische Kolonien: Entstehung, Funktion und Wandel am Beispiel türkischer Moscheen und Cafés. Wiesbaden.

- Dell, C. (2011): *Replay City. Improvisation als urbane Praxis*. Berlin.
- Durkheim, E. (1992): *Über die Teilung der sozialen Arbeit*. Frankfurt am Main.
- Esser, H. (1980): *Aspekte der Wanderungssoziologie. Assimilation und Integration von Wanderern, ethnischen Gruppen und Minderheiten. Eine handlungstheoretische Analyse*. Darmstadt u. a.
- Esser, H. (1986): *Ethnische Kolonien: „Binnenintegration“ oder gesellschaftliche Isolation?* In: Hoffmeyer-Zlotnik, J. H. P. (Hrsg.): *Segregation und Integration. Die Situation von Arbeitsmigranten im Aufnahmeland*. Berlin, 106-117.
- Europarat (2013): *Intercultural cities: governance and policies for diverse communities*. http://www.coe.int/t/dg4/cultureheritage/culture/Cities/Default_en.asp (23.09.2013).
- Farwick, A. (2012): *Segregation*. In: Eckardt, F. (Hrsg.): *Handbuch zur Stadtsoziologie*. Wiesbaden, 381-420.
- Filsinger, D. (2009): *Entwicklung, Konzepte und Strategien kommunaler Integrationspolitik*. In: Gesemann, F.; Roth, R. (Hrsg.): *Lokale Einwanderungspolitik in der Einwanderungsgesellschaft*. Wiesbaden, 279-296.
- Gans, P.; Schmitz-Veltin, A.; West, C. (2008): *Wanderungsmotivanalyse Mannheim. Unveröffentlichte Studie für die Stadt Mannheim und GBG – Mannheimer Wohnungsbaugesellschaft mbH. Universität Mannheim. Mannheim*.
- Gogolin, I. (1994): *Der monolinguale Habitus der multilingualen Schule*. Münster/New York.
- Günter, S. (2012): *Interkulturalität als Standortfaktor. Ambivalenzen einer (inter-)kulturinstrumentalisierenden Stadtpolitik*. In: Ernst, T.; Heimböckel, D. (Hrsg.): *Verortungen der Interkulturalität. Die Europäischen Kulturhauptstädte Luxemburg und die Großregion (2007), das Ruhrgebiet (2010) und Istanbul (2010)*. Bielefeld, 39-57.
- Heckmann, F. (1998): *Ethnische Kolonien. Schonraum für Integration oder Verstärker der Ausgrenzung?* In: Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.): *Ghettos oder ethnische Kolonie? Entwicklungschancen von Stadtteilen mit hohem Zuwandereranteil*. <http://www.fes.de/fulltext/asfo/00267004.htm> (25.07.2010).
- Kabis-Straubach, T.; Hermanns, R. (2011): *Politisch mitwirken in der lokalen Demokratie: Rollen und Herausforderungen für Bürger – insbesondere Menschen mit Migrationshintergrund*. In: *pnd-online – ein Magazin mit Texten und Diskussionen zur Entwicklung von Stadt und Region (IV)*. http://www.planung-neu-denken.de/fre-ausgaben-mainmenu-63#4_2011 (06.11.2013).
- Klinghammer, G.; Frese, H.-L.; Satilmis, A.; Seibert, T. (2011): *Interreligiöse und interkulturelle Dialoge mit MuslimInnen in Deutschland. Eine quantitative und qualitative Studie*. Institut für Religionswissenschaft und Religionspädagogik der Universität Bremen. Bremen.
- Kühn, H. (1979): *Stand und Weiterentwicklung der Integration der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familien in der Bundesrepublik Deutschland. Memorandum des Beauftragten der Bundesregierung*. Bonn.
- Lefèbvre, H. (2001): *The production of space*. Oxford.
- Magistrat der Stadt Frankfurt am Main (2009): *Entwurf eines Integrations- und Diversitätskonzepts für die Stadt Frankfurt am Main*. Frankfurt am Main.
- Magistrat der Stadt Frankfurt am Main (2011): *Vielfalt bewegt Frankfurt. Integrations- und Diversitätskonzept für Stadt, Politik und Verwaltung. Grundsätze, Ziele, Handlungsfelder*. Frankfurt am Main.
- Magistrat der Stadt Frankfurt am Main (2012): *Frankfurter Integrations- und Diversitätsmonitoring*. Frankfurt am Main.
- metroZones (2011): *Urban Prayer. Neue religiöse Bewegungen in der globalen Stadt*. Hamburg u. a.
- Oberndörfer, D. (2008): *Die Abschottung der Republik: Integration statt Zuwanderung*. In: Landeshauptstadt München, Sozialreferat, Stelle für interkulturelle Arbeit (Hrsg.): *Dokumentation zur Fachtagung: Alle anders – alle gleich? Was heißt hier Identität? Was heißt hier Integration?* München, 13-28.
- OECD (2011): *Bildung auf einen Blick 2011. OECD-Indikatoren*. Paris.

- Semlitsch, E. (2011): Spielraum als integrativer Bestandteil einer Planungskultur. In: Frey, O.; Koch, F. (Hrsg.): Positionen zur Urbanistik I. Münster, 245-258.
- Stadt Mannheim (2009): Mannheimer Grundsätze zur Integration. <http://www.mannheim.de/buerger-sein/mannheimer-grundsatzezur-Integration> (6.10.2011).
- Uitermark, J.; Rossi, U.; van Houtum, H. (2005): Reinventing multiculturalism: Urban citizenship and ethnic diversity in Amsterdam. In: *International Journal of Urban and Regional Research* 29 (3), 622-640.
- Vertovec, S. (2007): Super-diversity and its implications. In: *Ethnic and Racial Studies* 29 (6), 1024-1054.
- Virno, P. (2005): Grammatik der Multitude. Die Engel und der General Intellect. Wien.
- Welsch, W. (1987): Unsere postmoderne Moderne. Weinheim.
- Welsch, W. (1992): Transkulturalität – Lebensformen nach der Auflösung der Kulturen. In: *Information Philosophie* 1992 (2), 5-20.
- Welsch, W. (1994): Transkulturalität – Die veränderte Verfassung heutiger Kulturen. Ein Diskurs mit Johann Gottfried Herder. In: Europäisches Kultur- und Informationszentrum in Thüringen (Hrsg.): VIA REGIA – Blätter für internationale kulturelle Kommunikation 1994 (20). http://via-regia-kulturstrasse.org/bibliothek/pdf/heft20/welsch_transkulti.pdf (06.03.2012).
- Welsch, W. (1995): Vernunft. Die zeitgenössische Vernunftkritik und das Konzept der transversalen Vernunft. Frankfurt am Main.
- Welsch, W. (1997): Transkulturalität. Zur veränderten Verfassung heutiger Kulturen. In: Schneider, I.; Thomsen, C. W. (Hrsg.): Hybridkultur. Medien, Netze, Künste. Köln, 67-90.
- Welsch, W. (2009): Was ist eigentlich Transkulturalität? In: Darowska, L.; Machold, C. (Hrsg.): Hochschule als transkultureller Raum? Beiträge zu Kultur, Bildung und Differenz. Bielefeld. <http://www2.uni-jena.de/welsch/tk-1.pdf> (17.09.2011).
- West, C. (2007): Dimensionen des individuellen und gesellschaftlichen Wandels: Die grundlegenden Orientierungen ‚geschlossen–offen‘ und ‚konkret–abstrakt‘ als Determinanten der Stadtentwicklung in Barcelona (1986–2005). Dissertation an der Universität Mannheim. Mannheim.
- West, C. (2009): Politische Utopien und städtische Heterotopien: Protagonisten des gesellschaftlichen Wandels in Barcelona. In: Schnur, O.; Drilling, M. (Hrsg.): Governance der Quartiersentwicklung. Theoretische und praktische Zugänge zu neuen Steuerungsformen (Quartiersforschung). Wiesbaden, 101-128.
- West, C. (2013): Integration zwischen Konformität, Interkulturalität, Transkulturalität? In: Schnur, O.; Zakrzewski, P.; Drilling, M. (Hrsg.): Migrationsort Quartier: Zwischen Segregation, Integration und Interkultur. Wiesbaden, 195-223.
- West, C.; Deschermeier, P. (2011): Value orientation, locational choice and residential satisfaction – a spatial econometric analysis. In: Koch, A.; Mandl, P. (Hrsg.): Modeling and simulating urban process. = Geosimulation I. Berlin u. a., 119-130.
- West, C.; Gans, P.; Schmitz-Veltin, A. (2008): Cities in space and city as place – Rethinking reurbanisation: Urban, semi-urban and suburban orientations and their impact on the choice of residence. In: *Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaften* 33 (3/4), 381-408.

Autorin

Dr. des. **Christina West** (*1967) hat als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Wirtschaftsgeographie der Universität Mannheim unter dem Thema „Dimensionen des individuellen und gesellschaftlichen Wandels: die grundlegenden Orientierungen ‚geschlossen–offen‘ und ‚konkret–abstrakt‘ als Determinanten der Stadtentwicklung in Barcelona (1986–2005)“ promoviert. 2014 hat sie die Vertretungsprofessur für Geographiedidaktik an der Universität Koblenz-Landau (Campus Landau) und ist an der Hong Kong Baptist University (HKBU) Stipendiatin im European Union Academic Programme ‘Urban Innovations’ sowie Visiting Scholar am Department of Geography.